



## Patriotische Gesellschaft

Bericht zur Veranstaltung am 10. Februar 2020

# Neue Wege zur Bürgerbeteiligung in Hamburg

Gekommen waren trotz Sturm und Regen etwa 100 Leute, die Hälfte von ihnen mit eigener Erfahrung in Gremien der Bürgerbeteiligung.

Willfried Maier begrüßte die Versammlung und begründete den Vorstoß zur Bürgerbeteiligung: Wir möchten die Demokratie stärken, indem wir mehr Menschen gewinnen, die als aktive Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben sich beteiligen und zum Gemeinwohl beitragen.

Gabriele Heise übernahm dann die Moderation und ließ zunächst Reinhard Buff die Forderungen der Patriotischen Gesellschaft vortragen:

- Regelmäßige Bürgerbeteiligung bei allen wichtigen Vorhaben in den Bezirken (Vorhabenliste)
- In allen Stadtteilen Stadtteilräte. Ein eigener Haushaltstitel dafür
- Einen Bürgerhaushalt in allen Bezirken für Nachbarschaftsprojekte
- Durch Losverfahren berufene Bürgerkomitees zu großen Vorhaben in der Stadt
- Systematische Evaluation der Bürgerbeteiligungsverfahren

Anschließend wurden die Vertreter der vier größten Bürgerschaftsfraktionen gebeten, dazu Stellung zu nehmen: Farid Müller für die Grünen, Heike Sudmann für die Linke, André Treppoll für die CDU und Olaf Steinbiß für die SPD.

Die wichtigsten Ergebnisse nach zwei Runden auf dem Podium: Alle Parteienvertreter begrüßen das Positionspapier der Patrioten als eine gute Grundlage – wenn auch mit unterschiedlichen Graden der Begeisterung. Dass Vorhabenlisten in den Bezirken erstellt werden sollen, akzeptieren alle.

Dass Stadtteilräte eine gute Sache sind, dem stimmen auch alle zu. Es fällt das Wort, dass es dafür eine Rechtsgrundlage geben sollte. Dem widerspricht keiner. Die Diskussion konzentriert sich dann darauf, dass es einen auskömmlichen Titel für Stadtteilräte im Haushalt der Stadt geben sollte, damit solche Räte auch unabhängig von der RISE-Förderung entstehen bzw. nach deren Auslaufen weiterarbeiten können.

Dass es für die Inanspruchnahme dieser Mittel ein geregeltes Verfahren geben muss, wird nicht bestritten. In der Saaldiskussion wird aber betont, dass diese Regeln nicht einfach per Bürgerschaftsbeschluss gesetzt, sondern mit den bisher schon Beteiligten erarbeitet werden sollten, und dass sie mehr ermöglichenden, denn einschränkenden Charakter haben sollten.

...

Barbara Petersen, die für das Netzwerk der Stadtteilräte auf dem Podium mitdiskutierte, äußerte Skepsis, ob die Aussagen der Parteienvertreter mehr als bloße Lippenbekenntnisse seien. Denn bisher machen viele Initiativen eher die Erfahrung, dass sie nicht gewünscht seien und dass sie ohne Unterstützung arbeiten müssten.

In der Saaldiskussion wurde noch betont, dass auch auf gesamtstädtischer Ebene neue Elemente der Bürgerbeteiligung erprobt werden sollten, z.B. in Form von Bürgerkomitees, die per Losverfahren bestellt werden und die zu zentralen Streitfragen Bürgergutachten erarbeiten könnten.

Insgesamt entwickelte sich die Diskussion ohne große Kontroverse und tendierte eher in Richtung allgemeiner Zustimmung zu den meisten Vorschlägen. Das führte zu dem Vorschlag, es müsste nach den Wahlen in Sachen Bürgerbeteiligung zu einer Kooperation aller Parteien kommen. Das Thema Bürgerbeteiligung gehöre auf die Agenda der 22. Wahlperiode. Und zwar schnell und mit Ergebnissen noch in diesem Jahr wurde ergänzt – allerdings nicht ohne skeptisches Stirnrunzeln bei den Vertretern der Regierungsfractionen über die Tempoforderung. Auf jeden Fall wird die Patriotische Gesellschaft dieses erfreuliche Angebot der Parteivertreter aufgreifen und weitere Gespräche mit Politik und Netzwerk der Stadtteilräte zur Umsetzung der Vorschläge für neue Wege der Bürgerbeteiligung organisieren.

Im Prinzip sprachen sich alle Parteienvertreter für eine Rechtsgrundlage in Sachen Bürgerbeteiligung aus. Es lässt sich sogar behaupten, dass es in der Diskussion eine Einigung gab, wonach ein Bürgerbeteiligungsgesetz erarbeitet werden soll und zwar in Kooperation nicht nur zwischen den Bürgerschaftsparteien, sondern auch mit den vorhandenen Initiativen und Räten.

Dass dabei noch zahlreiche Fragen zu klären sind, wurde auch in der Diskussion deutlich: Wie werden die Beziehungen zwischen Bezirken und Stadtteilräten geregelt, ohne dass die Bezirksabgeordneten Machteinbußen befürchten? Welche Kompetenzverteilung soll es geben? Wie können sich repräsentative (Parteien-) Demokratie und Bürgerbeteiligung so ergänzen, dass gesamtstädtische Programme und Bürgerbeteiligung vor Ort sich nicht gegenseitig blockieren, sondern gemeinsam die beste Lösung zustande bringen?

Barbara Petersen hatte das Schlusswort: Gute Worte! Nun hoffe sie auf Taten.

Gabriele Heise, Reinhard Buff, Willfried Maier  
11.02.2020